

Den Verdrängungskünstlern keine Chance!

Der Wahlkampf scheint die Verdrängungskünste bei CDU/CSU, FDP und Linkspartei zu befördern. Jedenfalls was das Thema Lage des Bundeshaushaltes und der finanzwirtschaftlichen Entwicklung der nächste Jahre angeht. Dabei liegen hier alle Zahlen auf dem Tisch und sind in ihrer Eindeutigkeit nicht zu übertreffen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hinterlässt auch im Bundeshaushalt tiefe Spuren:

- **Mindereinnahmen bis 2012 in Höhe von 316 Mrd. Euro:** Die aktuelle Steuerschätzung vom Mai 2009 geht von Mindereinnahmen in dieser Höhe für alle staatlichen Ebenen aus, davon entfallen 153 Mrd. Euro allein auf den Bund. Dabei gehen die Experten nicht von Nullwachstum aus. Unterstellt ist ein nominales Wachstum des BIP in Höhe von 1,2 % (real: 0,5 %) für 2010 und jeweils 3,3 % (real: 1,9 %) in 2011 bis 2013. Mehr kann niemand seriös einplanen, wie der Vergleich mit dem Wachstum der letzten Jahre zeigt: In den letzten 10 Jahren (1999 bis 2008) betrug das durchschnittliche nominale Wachstum 2,4 % (real: 1,5 %)! Für 2009 wird mit einem nominalen Rückgang von -5,3 % (real: -6,0 %) gerechnet.
- **Steuereinnahmen gehen vollständig für Zins und Soziales drauf:** Bereits im Bundeshaushalt 2009 waren über vier Fünftel der Steuereinnahmen des Bundes durch diese beiden Ausgaben-Blöcke gebunden. Im Haushaltsentwurf 2010 werden die erwarteten Steuereinnahmen in Höhe von knapp 214 Mrd. Euro vollständig durch den Finanzbedarf allein für Zins und Soziales aufgezehrt!
- **Ausgaben steigen wegen der Krise steil an:** Ohne die staatlichen Konjunkturprogramme wäre die Wirtschaft im freien Fall abgestürzt. Das konnten wir verhindern, aber nur um den Preis steigender Ausgaben. Die Ausgaben sind mit dem zweiten Nachtragshaushalt für 2009 bereits von über 282 Mrd. Euro in 2008 auf über 303 Mrd. Euro gestiegen. Im Haushaltsentwurf für 2010 ist ein weiterer Anstieg auf fast 328 Mrd. Euro vorgesehen. Allein im Bereich Arbeitsmarkt ist mit 30 Mrd. Euro Mehrausgaben in 2010 im Vergleich zur letztjährigen Finanzplanung zu rechnen. Der weitere Konjunkturverlauf wird darüber entscheiden, ob darüber hinaus weitere Mehrausgaben in den sozialen Sicherungssystemen notwendig werden.
- **Gesamte Neuverschuldung des Bundes allein im Jahr 2010 in Höhe von 100 Mrd. Euro:** Dies ist nach heutiger Kenntnis unter Einschluss der zur Bekämpfung der Krise errichteten Sondervermögen „Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung“ und „Investitions- und Tilgungsfonds“ nicht unwahrscheinlich. Die Nettokreditaufnahme wird statt der geplanten 6 Mrd. Euro im nächsten Jahr 86 Mrd. Euro betragen. Auch im Finanzplanungszeitraum bis 2013 wird die jährliche Neuverschuldung nur langsam sinken

und im Jahr 2013 immer noch den bisherigen Höchstwert des Jahres 1996 überschreiten. Sie wird nach der aktuellen Finanzplanung 2013 immer noch bei knapp 46 Mrd. Euro liegen und damit immer noch den bisherigen Höchstwert des Jahres 1996 überschreiten.

- **Haushaltssituation hat sich auch bei den Länder massiv verschlechtert:** Nachdem im vergangenen Jahr die Ländergesamtheit noch einen Finanzierungsüberschuss von knapp 0,5 Mrd. Euro erwirtschaften konnte, liegt das Defizit in diesem Jahr bereits bei 21,2 Mrd. Euro. Das im Finanzplanungsrat im Juli für 2009 prognostizierte Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit von 27 ½ Mrd. Euro dürfte aus heutiger Sicht eher die Untergrenze für das Jahresergebnis darstellen.
- **Auch den Kommunen brechen die Einnahmen weg:** Die kommunalen Spitzenverbände befürchten bei der Gewerbesteuer Einnahmeausfälle von bis zu 6 Mrd. Euro. Hinzu kommen auch hier steigende Sozialausgaben. Ausgehend von 38,5 Mrd. Euro in 2008 erwarten die Verbände einen Anstieg auf 42 Mrd. Euro in 2010.

Vor diesem Hintergrund ist es schlicht abenteuerlich, was CDU/CSU, FDP und DIE LINKE in ihren Wahlprogrammen versprechen:

- **Angela Merkel** hat eine Steuerentlastung ab 2011 in Aussicht gestellt, nachdem das offizielle Wahlprogramm an diesem Punkt absichtsvoll ohne konkrete Zeitangabe formuliert ist. Herr Seehofer verspricht sogar Steuersenkungen ab 2010. Bei vorsichtiger Abschätzung der von der Union versprochenen Steuersenkungen entstehen Mindereinnahmen für den Staat in Höhe von mindestens **20 Mrd. Euro pro Jahr**. Wo soll das Geld dafür herkommen, wenn schon die gegenwärtige Finanzplanung von einem überdurchschnittlichen Wachstum für die nächsten Jahre ausgeht?
- Noch stärker möchte der Wunschpartner der Union, die **FDP**, den Staat schröpfen: allein der von der FDP geforderte 3-Stufen-Einkommensteuer-Tarif würde zu Steuermindereinnahmen von 80 Mrd. Euro pro Jahr führen. Damit verspricht die FDP nicht weniger als das Aufkommen der Einkommensteuer zu halbieren! Unter Hinzurechnung der Kindergeldvorschläge sind es knapp 90 Mrd. Euro. In der Summe führen die FDP-Steuervorschläge zu bezifferbaren Mindereinnahme in Höhe von **160 Mrd. Euro pro Jahr**.
- Die Vorschläge der Partei **DIE LINKE** bei der Einkommensteuer und der Kindergelderhöhung führen zu Mindereinnahmen von über **26 Mrd. Euro pro Jahr**. In den anderen Politikfeldern werden noch größere Luftschlösser gebaut. Dies reicht von einem jährlichen Investitionsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro und geht bis zu einem Zukunftsfonds mit ebenfalls 100 Mrd. Euro Volumen, einer Mindestrente von 800 Euro im Monat und zur Verstaatlichung aller privaten Banken.

Die SPD hingegen verdrängt die Haushaltssituation nicht. Der SPD ist klar: Für weitere Entlastungen besteht nur dann eine Möglichkeit der Realisierung, wenn sie solide gegenfinanziert sind. Daher schlägt die SPD in ihrem Regierungsprogramm für die anstehende Legislaturperiode folgende Gegenfinanzierungen vor:

<u>I. Vereinfachung und Entlastung</u>	<u>I. Gegenfinanzierung</u>
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Freiwilliger 300/600 € Lohnsteuerbonus <ul style="list-style-type: none"> ▪ ca. -2,5 Mrd. € 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Börsenumsatzsteuer <ul style="list-style-type: none"> ▪ ca. 3 Mrd. €
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Absenkung Eingangssteuersatz von 14% auf 10%: Tarifentlastung für untere und mittlere Einkommen <ul style="list-style-type: none"> ▪ ca. -2,3 Mrd. € 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung der Steuerhinterziehung/ Steueroasen <ul style="list-style-type: none"> ▪ ca. 1-2 Mrd. €
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinderfreibetrag in 2010 erhöhen <ul style="list-style-type: none"> ▪ ca. -250 Mio. € 	
<u>II. Ausgabeverpflichtungen</u>	<u>II. Sachzweckbezogene Einnahmeverbindungen</u>
Erhöhung der Bildungsausgaben, zu 100% finanziert aus der Anhebung des Spitzensteuersatzes	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47% <ul style="list-style-type: none"> ▪ ca. 2 Mrd. €
<i>Summe ca. 7 Mrd. €</i>	<i>Summe ca. 7 Mrd. €</i>

Wir alle erinnern uns an das Wahlkampfversprechen von Helmut Kohl, wonach die Wiedervereinigung aus der Portokasse zu zahlen sei. Dass die Linkspartei Forderungen aufstellt, die nicht zu finanzieren sind, ist nichts Neues. Neu ist hingegen das vollständige Leugnen der Realität bei Union und FDP. Herr Westerwelle und Frau Merkel versprechen jetzt blühende Steuersenkungs-Landschaften. Wenn sie mit ihren Versprechungen ernst machen, geht das nur durch massive Kürzungen im Sozialbereich. Einen anderen Weg gibt es nicht. Das trifft dann aber alle, die auf soziale Leistungen und kostenfreien Zugang zu Bildung angewiesen sind – und das ausgerechnet mitten in der Krise. Wir dürfen daher den Verdrängungskünstlern keine Chance geben!